

02/2008

2015
aktuell

03. März 2008

1. **G8-Gipfel in Japan: Klimawandel und Afrika im Fokus**
2. **Einsatz von Biomasse – Gefahr für Ernährungssicherung?**
3. **Menschenwürdige Arbeit als neues Millenniumsziel?**
4. **Paris Deklaration, Armutsbekämpfung, Partizipation – passt das zusammen?**
5. **OECD Development Cooperation Report 2007 erschienen**
6. **Geschlechtergerechtigkeit und Armutsbekämpfung**
7. **Kampagne gegen illegitime Schulden**

Kurz notiert

Termine

1. G8-Gipfel in Japan: Klimawandel und Afrika im Fokus

Wie beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm werden auch in diesem Jahr die Themen Klimawandel und Afrika Schwerpunkte der G8-Agenda bilden. Der japanische Premier Yasuo Fukuda, Gastgeber des Gipfels vom 7. bis 9. Juli in Toyako auf der Insel Hokkaido hat in einer Rede beim Weltwirtschaftsforum in Davos die Eckpunkte der Agenda skizziert. Neben der Diskussion über den Zustand der Weltwirtschaft und die Stabilität der Finanzmärkte will Fukuda im Bereich Klimawandel sein „Cool Earth Promotion Programme“ voranbringen. Darin strebt er ein Rahmenwerk für die Zeit nach dem Kyoto-Protokoll an, inklusive dem verbindlichen Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 zu halbieren. Bis zur Verabschiedung eines solchen Rahmenwerks setzt Fukuda auf eine Erhöhung der Energieeffizienz durch den Einsatz moderner Technologien (Steigerung um 30 Prozent bis 2020) und entsprechender Investitionen. Dritte Säule des „Cool Earth“-Programms ist die Einrichtung eines globalen Fonds zur Bekämpfung des Klimawandels an dem sich neben Japan zunächst die USA und Großbritannien beteiligen. Japan hat in diesem Zusammenhang bereits die Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus („Cool

Earth Partnership“) mit einem Volumen von 10 Milliarden US-Dollar angekündigt, aus dem Entwicklungsländer Mittel zur Bewältigung der Anpassungskosten und für Investitionen im Bereich Emissionsreduktion erhalten sollen. Vor dem Hintergrund der Halbzeit zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) bis zum Jahr 2015 will Fukuda als weiteren Schwerpunkt des G8-Gipfels die Unterstützung Afrikas verstärken, vor allem in den Sektoren Stärkung von Gesundheitssystemen, verbesserter Zugang zu Wasser und mehr Ressourcen für Bildung. Im Vorfeld des G8-Gipfels findet in Yokohama vom 28. bis 30. Mai die 4. Internationale Tokioter Konferenz zu Entwicklung in Afrika statt (TICAD IV), deren Ergebnisse in den G8-Gipfel einfließen sollen. (Rede in deutscher Übersetzung: www.de.emb-japan.go.jp/NaJ/NaJ0802/klimaschutz.htm)

Die „Poverty and Development Unit“ des Forums japanischer Nichtregierungsorganisationen (NRO) begrüßte die Themensetzung des G8-Gipfels, kritisierte jedoch unter anderem, dass das Thema Gender komplett fehle, die Bekämpfung von Infektionskrankheiten nicht ausreichend berücksichtigt werde und unausgewogene Handels- und Wirtschaftspolitik die Entwicklung Afrikas einschränken. Zudem sollten für die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen keine ODA-Mittel genutzt, sondern zusätzliche Mittel bereitgestellt und mehr Regulierungen für spekulative Finanzströme geschaffen werden. Im **“2008 Japan G8 Summit NGO Forum”** sind rund 100 japanische NRO vertreten, die zu den Bereichen Umwelt, Entwicklung und Armutsbekämpfung sowie Menschenrechte und Frieden arbeiten. Bereits im Oktober 2007 veröffentlichte das Forum ein ausführliches Positionspapier zu den Themen Entwicklungshilfe, Innovative Finanzierungsinstrumente, Handel und Investitionen, Gesundheit, Bildung und Kinderarbeit, Gender und Klimawandel. Vom 6. bis 8. Juli wird das NGO Forum gemeinsam mit dem “G8 Summit Citizen Forum Hokkaido” in Sapporo einen Alternativgipfel veranstalten. Die japanische Plattform des Global Call to Action against Poverty (GCAP) **„Hottokenai Sekai no Mazushisha“** (Don't let it be - World Poverty) begleitet den G8-Prozess und wird in Kürze eine Kampagne zu den MDG starten. (Informationen zu den Aktivitäten des NGO Forums unter www.g8ngoforum.org/english, Informationen zu Hottokenai unter www.hottokenai.jp/english/index.html).

2. Einsatz von Biomasse – Gefahr für Ernährungssicherung?

Die Chancen und Risiken des Einsatzes von Biomasse für den globalen Klimaschutz sowie für Ernährungssicherung und Armutsbekämpfung waren Gegenstand einer öffentlichen Anhörung, die die Bundestagsausschüsse für Entwicklungszusammenarbeit, Ernährung und Umwelt am 20. Februar 2008 gemeinsam durchführten. Die rasant wachsende Nachfrage nach Biomasse als Energieträger stellt die Landwirtschaft und vor allem die Nahrungsmittelproduktion weltweit vor neue Herausforderungen. Nach Prognosen der Welternährungsorganisation (FAO) wird die Weltbevölkerung bis 2050 um drei Milliarden Menschen wachsen. Der Zuwachs werde in den Entwicklungsländern stattfinden. Dies wirft – so Alexander Müller von der FAO – die Frage auf, wie bei gleichzeitigem Mehrbedarf an Energie die Nahrungsmittelsicherheit gewährleistet werden kann. Verschiedene Sachverständige warnten vor der Gefahr, dass der vermehrte Anbau von Pflanzen zur Biomasseproduktion die Nahrungsmittelproduktion verdrängen und damit zu einem weiteren Anstieg der Lebensmittelpreise führen könnte.

Die unterschiedlichen Auswirkungen der Biomasseproduktion wurden durch zwei Länderbeispiele deutlich. Während in Indonesien in großem Ausmaß tropischer Regenwald vernichtet wird und Palmölplantagen weichen muss, wird beim brasilianischen Biodieselpogramm durch entsprechende politische Rahmenbedingungen der nachhaltige Anbau von Ölpflanzen gefördert und damit wirkungsvolle Beiträge zur Armutsbekämpfung bei Kleinbauern geleistet. Eine zentrale Schlussfolgerung aus der Anhörung ist daher, dass eine verantwortungsvolle Nutzung von Biomasse Beiträge zur Verbesserung des Klimaschutzes leisten und auch der Armutsbekämpfung dienen kann. Voraussetzung sind aber verbindliche internationale Standards nach sozialen und ökologischen Kriterien. Gibt es diese nicht, so wird sich der weitere Ausbau der Biomasse zur Energienutzung durch die Zerstörung von Wäldern und die Verdrängung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen negativ auf das Klima, auf die biologische Vielfalt und auf die Ernährungssituation auswirken.

(Die schriftlichen Stellungnahmen finden sich unter:

www.bundestag.de/ausschuesse/a19/anhoerungen/57_biomasse/stellungnahmen/index.html)

Anlässlich der Bundestagsanhörung brachten die kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt, Misereor und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) ihre Ablehnung einer Ausweitung des Einsatzes von Agro-Treibstoffen zum Ausdruck. „Unsere Partner im Süden sind alarmiert, weil sich durch den neuen Boom mit energetisch nutzbaren Pflanzen eine Verschärfung der Konflikte um Ressourcen wie Land und Wasser abzeichnet“, so Danuta Sacher (Brot für die Welt). Bernd Bornhorst (Misereor) weist darauf hin, dass in Ländern wie Brasilien, Indonesien oder Malaysia zehntausende bäuerliche Familien ihre Existenzgrundlage verlieren, weil das Land in Palmöl- und Zuckerrohrplantagen umgewandelt wird. Dabei gehen fünfmal mehr Arbeitsplätze verloren, als neue geschaffen werden. Deshalb müssen die verbindlichen Beimischungsquoten der EU für Agro-Treibstoffe fallen und zunächst ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien entwickelt und auf ihre Praxistauglichkeit überprüft werden, fordert Bornhorst. (Die ausführliche Stellungnahme der kirchlichen Hilfswerke findet sich unter: www.brot-fuer-die-welt.de www.misereor.de www.eed.de)

Eine Studie, die ein interdisziplinär besetztes WissenschaftlerInnen-Team im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellt hat, kommt zu dem Ergebnis, dass der Einsatz von Palmöl zur Energiegewinnung unmittelbar zum unwiederbringlichen Verlust tropischer Regenwälder führen könne. Außerdem sei die Klimabilanz von aus Palmöl erzeugter Energie nur in bestimmten Fällen positiv. (www.erneuerbare-energien.de)

3. Menschenwürdige Arbeit als neues Millenniumsziel?

Ende Januar stellte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Berlin ihren Bericht „**Global Employment Trends 2008**“ vor. Insgesamt wird ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, bedingt durch steigende Ölpreise und Turbulenzen auf den Kreditmärkten, erwartet. Neben der Arbeitslosigkeit sind auch die Zahlen der Beschäftigten, die unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen, erschreckend hoch. Die ILO geht davon aus, dass fünf von zehn Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen unter schwersten Bedingungen arbeiten müssen. Zudem ist ihre

Arbeit unterbezahlt, gefährlich und es fehlt an gesundheitlicher Versorgung. 16,4 Prozent der Arbeitnehmer weltweit verdienen weniger als einen US-Dollar pro Tag, 43,5 Prozent weniger als zwei US-Dollar. Die Durchsetzung menschenwürdiger Arbeit ist daher zentral, um die weltweite Armut nachhaltig zu bekämpfen. Auch der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan sprach sich in seinem letzten Bericht an die UN Generalversammlung dafür aus, „decent work“ als ein Teilziel in das erste Millenniumsziel „Halbierung der Armut bis 2015“ zu integrieren. Eine UN-Arbeitsgruppe entwickelte seitdem Indikatoren für das neue Ziel, um daran Fortschritte messen zu können. Die Arbeitsmarktexpertin der ILO Dorothea Schmidt geht davon aus, dass das neue Ziel im nächsten MDG-Fortschrittsbericht vorgestellt wird. Die Prognosen der ILO lassen aber schon heute erkennen, dass Subsahara Afrika das Ziel, menschenwürdige Arbeit für alle bis 2015 durchzusetzen, nicht erreichen kann. Gute Chancen hätten hingegen Mittel- und Osteuropa sowie Ostasien.

www.ilo.org/global/About_the_ILO/Media_and_public_information/Press_releases/lang--en/WCMS_090085/index.htm)

Die weltweite Umsetzung des Rechts auf menschenwürdige Arbeit forderten auch die „Kampagne für saubere Kleidung“ (Clean Clothes Campaign) und die Menschenrechtsorganisation FIAN. Dazu müssten internationale Arbeitskonventionen global eingehalten werden. Die Clean Clothes Campaign zeigt in ihrer neuesten Studie auf, dass bei den Lieferanten der deutschen Discounter Lidl und KiK in Bangladesh unter menschenunwürdigen Bedingungen gearbeitet wird. Dazu gehörten zahlreiche unbezahlte Überstunden, Niedriglöhne und die Verhinderung jeglicher gewerkschaftlicher Organisation. Auch in der Blumenindustrie in Kolumbien sind die Sozial- und Arbeitsstandards mangelhaft, so die Kritik von FIAN. Bereits bestehende nicht ausreichende Sozialstandards seien nun weiter gelockert worden. Weder Gewerkschaftsfreiheit noch Gesundheitsschutz zählten zu den Verhaltenskodizes der kolumbianischen Blumenproduktion.

www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=549&Itemid=79
www.saubere-kleidung.de/1-077-info_publ_ccc_lidl-kik.htm)

4. Paris Deklaration, Armutsbekämpfung, Partizipation – passt das zusammen?

Das VENRO Projekt „Perspektive 2015“ veröffentlichte Ende Februar eine Publikation mit dem Titel „**Paris Deklaration, Armutsbekämpfung, Partizipation – passt das zusammen?**“. Das Heft 12 der Reihe „2015 im Gespräch“ dokumentiert die Beiträge des gleichnamigen Fachgesprächs, das am 16. November 2007 in Berlin stattfand. Die im Jahr 2005 verabschiedete „Paris Declaration on Aid Effectiveness“ ist das bedeutendste Dokument in der internationalen Debatte über den Reformbedarf und die notwendigen Schritte zur Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit. Die Broschüre diskutiert die Kernfrage dieser Debatte aus zivilgesellschaftlicher Perspektive: Wie kann die Entwicklungszusammenarbeit sowohl inhaltlich auch als institutionell in die Lage versetzt werden, die selbst gestellten Ziele, vor allem die Bekämpfung der Armut, erfolgreicher und wirksamer zu erreichen als bisher? Damit leistet die Dokumentation einen Beitrag zur zivilgesellschaftlichen Diskussion und Positionsfindung im Hinblick auf das dritte „High Level Forum on Aid Effectiveness“, das im September 2008 in Accra/Ghana stattfindet und sich mit Fortschritten und Defiziten bei der Umsetzung der Paris Deklaration beschäftigen wird. (www.2015.venro.org)

In Ottawa diskutierten vom 3. bis 6. Februar Vertreter der Zivilgesellschaft sowie Regierungsvertreter Fragen zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Im Vorfeld des dritten High Level Forums on Aid Effectiveness in Accra/Ghana, verwiesen die Diskussionen auf die zentrale Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen im Prozess der Umstrukturierung der Entwicklungshilfearchitektur, auch wenn dieser nicht komplett auf sie anwendbar sei. Zivilgesellschaftliche Akteure müssten als eigenständige Akteure der Entwicklungszusammenarbeit anerkannt werden und ihre Positionen stärker als bisher in das Konzept der „Ownership“ einbezogen werden. Zudem müssten die Diskussionen um eine stärkere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit einen größeren Schwerpunkt auf die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechten legen. Das Forum war Bestandteil der „Advisory Group on Civil Society and Aid Effectiveness“, die die sich im Vorfeld des Treffens in Accra mit der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Paris Declaration beschäftigt. (Informationen und Dokumente des Civil Society Forums finden sich unter <http://ccic.ca/e/002/aid.shtml>)

Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen UNIFEM veröffentlichte im Januar mit der Broschüre **„Gender Equality for Development Effectiveness: National Development Planning in the Commonwealth of Independent States“** das jüngste Heft einer Reihe, die die Diskussion um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit aus Geschlechterperspektive dokumentiert. Die Reihe beruht auf Konsultationen unterschiedlicher Entwicklungsakteure und setzt sich für die stärkere Berücksichtigung von Gender-Interessen bei der Reform der Entwicklungszusammenarbeit ein. Durch unzureichende Partizipationsmöglichkeiten laufe der Prozess Gefahr, auf administrative und finanzielle Verfahren begrenzt zu werden. Die Konsultationen, die UNIFEM seit der Verabschiedung der Paris Declaration im Jahr 2005 durchführt, zielen deshalb darauf ab, das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen technischer und politischer Prozesse zu integrieren. (www.unifem.org/resources/series.php?ProductSeriesID=5)

5. OECD Development Cooperation Report 2007 erschienen

Am 14. Februar erschien der **Development Cooperation Report 2007** der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Der Bericht analysiert anhand verschiedener Indikatoren die Entwicklung der internationalen Entwicklungshilfemittel sowie deren Effektivität. Neben einem kurzen Überblick über die Programme der Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Mitglieder bietet der Bericht eine ausführliche Statistik zur Entwicklungszusammenarbeit. In der Analyse wird herausgestellt, dass zwar die internationale Hilfe für die Entwicklungsländer angestiegen ist, dies jedoch zu einem großen Teil auf den Schuldenerlass, insbesondere für Nigeria und den Irak, zurückzuführen ist. Positiv sei zu bewerten, dass die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit insgesamt erhöht und mehr Gelder für die Least Developed Countries (LDC) zur Verfügung gestellt wurden. Vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich wurde investiert. Kritisch sieht der Bericht jedoch die Tatsache, dass Schwellenländer, in denen immer noch ein großer Teil der Bevölkerung in Armut lebt, nicht ausreichend unterstützt werden und der Schuldenerlass auf die Entwicklungshilfemittel angerechnet wird. (www.oecd.org/document/32/0,3343,en_2649_201185_40056608_1_1_1_1,00.html)

6. Geschlechtergerechtigkeit und Armutsbekämpfung

Die Verbindung von Geschlechterungleichheit und Armut steht im Mittelpunkt der jüngsten „**Poverty in Focus**“-Ausgabe des International Poverty Centres. Vor dem Hintergrund neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse diskutieren die Autorinnen und Autoren der zwölf Beiträge die Zusammenhänge zwischen Geschlechterstrukturen, Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die insbesondere durch die Weltbank prominent vertretene These, dass die Reduzierung von Geschlechterungleichheiten in der Ökonomie zu mehr Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung führen kann. Die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen und ihr stärkerer Zugang zu ökonomischen und sozialen Ressourcen ist demnach eine zentrale Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Gleichwohl warnen die Beiträge vor Verallgemeinerungen und vereinfachten Kausalbeziehungen. So wiesen beispielsweise Mikrokreditprogramme, die sich aus Gründen der Rentabilität an Frauen wendeten, eine geringere Nachhaltigkeit auf, als solche, die ihre Programme mit Weiterbildungen und einer Ausweitung der sozialen Handlungsspielräume von Frauen verbanden. Die Debatte um das ökonomische Empowerment von Frauen müsse sich daher am Ziel der Geschlechtergerechtigkeit ausrichten, um einen tatsächlichen Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung von Frauen und Männern zu bewirken. (www.undp-povertycentre.org/pub/IPCPovertyInFocus13.pdf)

7. Kampagne gegen illegitime Schulden

Im Vorfeld der zweiten internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die im Herbst in Doha stattfinden wird, startete das Entschuldungsbündnis erlassjahr.de eine Kampagne zur Streichung illegitimer Schulden. Im Rahmen der Kampagne werden die Abgeordneten des deutschen Bundestages aufgefordert, eine Parlamentariererklärung zur gemeinsamen Verantwortung bei der internationalen Kreditvergabe zu unterzeichnen. Sie verlangt eine stärkere Kontrolle der internationalen Kreditvergabe und -aufnahme durch die nationalen Parlamente sowie die Streichung bereits bestehender illegitimer Schulden gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern. Hintergrund der Kampagne sind Kredite, die ohne demokratische Mitbestimmungsverfahren entgegen der Interessen der Bevölkerung an Entwicklungsländer vergeben wurden und zu einer Schuldenkrise der Länder beigetragen haben. Eine Mitverantwortung für diese Entwicklung tragen erlassjahr.de zufolge die Gläubigerstaaten, die sich durch unverantwortliche Kreditvergabe, an der Verschuldung vieler Entwicklungsländer beteiligt haben.

(www.erlassjahr.de/aktionen/parlamentarier-erklaerung)

Kurz notiert:

Ausführliche Informationen über den **Stellenwert der ländlichen Entwicklung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit** bietet die Antwort der Bundesregierung auf eine gleichnamige Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (Bundestagsdrucksache 16/7898). Der Anteil des Bereichs „Ernährungssicherung und Landwirtschaft“ am Haushalt des BMZ liegt seit 1998 bei nur etwa acht Prozent. Die Ausgaben in der bilateralen EZ für diesen Bereich schwanken zwischen rund 262 Millionen Euro im Jahr 1998 und 163 Millionen Euro im Jahr 2006. (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/078/1607898.pdf>)

Aktualisierte **Länderprofile zu Mauretanien und Afghanistan auf der Website PRSP-Watch** bieten neben ausführlichen Informationen zu den zivilgesellschaftlichen Partizipationsprozessen bei der Erstellung der Strategiepapiere zur Armutsminderung (PRSP) einen Serviceteil mit Links und weiteren Informationen. In Mauretanien ist die Zivilgesellschaft seit den demokratischen Wahlen 2007 ein wichtiger Partner von Staat und Gebern und hat sich aktiv am PRS-Prozess beteiligt. Afghanistan legte Anfang 2006 ein vorläufiges PRSP vor, die Vollversion wird erst Mitte 2008 erwartet. Bereits jetzt ist ein umfangreicher Partizipationsprozess erkennbar, an dem Regierung, Privatsektor und Zivilgesellschaft beteiligt sind. (www.prsp-watch.de)

Unter dem Titel „**Die Millenniumentwicklungsziele: Halbzeitbilanz in deutschen Kommunen**“ veröffentlichte die Servicestelle „Kommunen in der einen Welt“ eine umfangreiche Broschüre, die die vielfältigen Möglichkeiten des kommunalen Engagements für die MDG deutlich macht. Durch fairen Handel, ökologisch und fair ausgerichteter Beschaffung, Klimaschutz und den Einsatz erneuerbarer Energien sowie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, kommunale Partnerschaftsprojekten mit dem Süden und die Finanzierung von entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit können auch auf lokaler Ebene Beiträge zur Umsetzung der Millenniumsziele erbracht werden. (Die Broschüre ist erhältlich unter: info@service-eine-welt.de)

Termine

5. März 2008, Hamburg, Heinrich Böll Stiftung Hamburg und INISA

“Hotspots – Afrikas Stimme gegen den Klimawandel”

Filmvorführung und Diskussion

Informationen: www.umdenken-boell.de und www.inisa.de

6. März 2008, Berlin, INISA und Deutsche-Afrika-Stiftung

Leadership and Change in Africa

Diskussion

Informationen: www.inisa.de

6. März 2008, Berlin, Brot für die Welt und Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Europäische Agrarpolitik fair gestalten? Anforderungen an die aktuelle Reform zur Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe weltweit

Internationale Tagung

Informationen: www.brot-fuer-die-welt.de

6. März 2008, Hannover, erlassjahr.de

Schulden und Klimawandel

Studientag

Informationen: www.erlassjahr.de

14. bis 16. März 2008, Loccum, Evangelische Akademie Loccum

Armutsbekämpfung und Wirtschaftswachstum

Tagung

Informationen: <http://www.loccum.de/programm/p0810.pdf>

18. März 2008, Bonn, VENRO und NGO-IDEAS

Erfolgskontrolle – aber wie?

Forum Wirkungsbeobachtung

Informationen bei Jana Rosenboom: j.rosenboom@venro.org

3. bis 4. April 2008, Berlin, VENRO, Friedrich Ebert Stiftung, Forum Menschenrechte u.a.

Armut und Menschenrechte in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Fachtagung und öffentliche Abendveranstaltung

Informationen: www.fes.de

12. bis 16. Mai 2008, Bonn, Planet Diversity

Weltkongress zur Zukunft von Nahrungsmitteln/Ernährung und Landwirtschaft

Kongress

Anmeldung bis zum 31. März unter:

<http://www.planet-diversity.org/de/anmeldung.html>

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung